



# Ökologische Linke: Unsere antinationale, antiautoritäre, emanzipatorische Position zu Israel

## Kann der Kampf gegen Antisemitismus ohne antikapitalistische Orientierung erfolgreich sein?

Innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken ist es eine Errungenschaft, dass Antisemit\*innen sich heute, nach der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden im NS-Faschismus, der Shoah, nicht mehr ohne weiteres zu ihrem Judenhass bekennen können. Noch ist es schwierig, Antisemitismus wieder offen zu vertreten. Antisemit\*innen sehen sich gezwungen, ihre Wortwahl dem gesellschaftlich Toleralierten anzupassen. Sie entwickelten neue Codes und Verklammerungen, mit denen sie uralte und nie verschwundene antisemitische Stereotypen in die Gegenwart übersetzen.

Eines ihrer Mittel die antisemitische Hetze weiterzutreiben ist die Rechtfertigung mit Handlungen des Staates Israel. Antisemit\*innen nehmen mit Vorliebe alle Jüd\*innen weltweit in Kollektivhaftung für den Staat Israel bzw. für dessen Regierung. Antisemit\*innen vom Typ antizionistischer Antisemitismus bestreiten beispielsweise, antisemitisch zu sein und behaupten, ihr »Antizionismus« sei lediglich gegen den israelischen oder jüdischen Nationalismus gerichtet nicht aber gegen jüdische Menschen insgesamt. Aber ihr »Antizionismus« hat mit der historischen Kritik am Zionismus, der Ende des 19. Jahrhunderts aufkam, nichts gemein, sondern ist nur eine weitere Maskerade des Antisemitismus, die heute zu den älteren hinzukommt.

Die Ursprünge des Antisemitismus liegen weit zurück. Erste Erscheinungsformen der Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden gab es in der Antike, nach dem Jahr 500 vor unserer Zeitrechnung.<sup>1</sup> Im 9. Jahrhundert v. Chr. lebten Jüdinnen und Juden in zwei hebräischen Königreichen, im Königreich Israel im Norden mit der Hauptstadt Samaria und im Königreich Juda mit der Hauptstadt Jerusalem im Süden. Nach der Eroberung des Nordreichs Israel im 8. Jahrhundert v. Chr. durch die Assyrer und der Eroberung des Königreichs Juda im 6. Jahr-

hundert v. Chr. durch die Babylonier wurden große Teile der jüdischen Gemeinschaft in alle Windrichtungen verstreut.<sup>2</sup> Im Exil sahen sie sich von den jeweiligen Mehrheitsgesellschaften »als Fremde« diskriminiert. Einerseits bewunderten viele sie, weil sie sich nicht bedingungslos anpassten, sondern an ihren religiös begründeten Lebensgewohnheiten festhielten; andererseits wurden sie genau deshalb mit Skepsis oder Verachtung gestraft, u.a. auch, weil sie sich als ein von »ihrem Gott« »auserwähltes Volk« betrachteten.<sup>3</sup> Die Fremdenfeindlichkeit gegen die Jüd\*innen war damals nicht viel anderes als die einer Mehrheitsgesellschaft gegenüber ihren Minderheiten.<sup>4</sup>

Ihr monotheistischer Glaube an *einen* abstrakten, unsichtbaren Gott spielte dabei eine wesentliche



Karte 1<sup>A</sup>

Rolle. Es war schwierig, den Glauben an einen Gott in eine Gesellschaft zu integrieren, die an viele Götter glaubte. Im historischen Prozess der Säkularisierung, der Verweltlichung und Entmystifizierung, stellte der monotheistische Glaube einen Fortschritt dar. In archaischen Glaubensgemeinschaften schreiben die Menschen Naturphänomene und gesellschaftliche Ereignisse dem Wirken vieler unterschiedlicher Götter zu. Nur noch an einen anstatt an viele Götter zu glauben bedeutete, dass die Menschen die natürlichen Erscheinungen und die gesellschaftlichen Entwicklungen besser verstehen.

Die Feindschaft gegen die Jüd\*innen erhielt ihre neue und besondere Qualität erst mit der Abspaltung des Christentums vom Judentum. In ihrem Abgrenzungsbedürfnis gegen und in ihrer Konkurrenz zur eigenen Ursprungsreligion sowie in dem Maß, in dem das Christentum zur herrschenden Ideologie wurde, entwickelten Christ\*innen einen tiefen, alle Lebensdimensionen erfassenden Hass auf Jüd\*innen.<sup>5</sup> Mit der Ausbreitung des Christentums zur heute mitgliederstärksten und mächtigsten Weltreligion wurde auch der christliche Antijudaismus universal.<sup>6</sup>

Auch der Islam stand mancherorts als monotheistische Religion zum Judentum in scharfer Konkurrenz. Er war als dritte monotheistische Religion im frühen 7. Jahrhundert entstanden. Wie das Christentum war der Islam vom jüdischen Glauben inspiriert. Religionsstifter Mohammed verstand den Islam als – im Gegensatz zu Judentum und Christentum – unverfälschte Lehre des Monotheismus.<sup>7</sup> Nachdem er mit der Durchsetzung der neuen Religion in Mekka zunächst gescheitert war, fand Mohammed in Medina viele Anhänger\*innen. Sie vertrieben zu Anfang des 7. Jahrhunderts die Jüd\*innen mit Gewalt aus Medina, weil die sich weigerten, zum Islam überzutreten. Von Medina aus und nach der militärischen Eroberung Mekkas verbreitete sich der Islam.<sup>8</sup>

Der christliche Antijudaismus der Antike (ab dem Jahr 50) und in der Spätantike (ab dem Jahr 284 bis ins 7. Jahrhundert) war religiös begründet. Jüd\*innen galten den Christ\*innen als der lebendige Widerspruch zum christlichen Heilsversprechen, weil sie Jesus nicht als ihren Messias anerkennen wollten. Aus dem »König der Juden« hatte das Christentum den »Erlöser der Menschheit« gemacht und versuchte dieses Bild durchzusetzen. Mit der Wiederauferstehung Jesu als Messias sollte die Welt untergehen, in das Reich Gottes übergehen und die Menschen

ins verlorene Paradies zurückkehren.<sup>9</sup> Dass das offensichtlich nicht geschah, verschaffte dem Christentum erhebliche Legitimationsprobleme. Sie sind eine weitere Ursache der Judenfeindschaft. Hinzu kam, dass das Judentum mit seiner jahrhundertelangen ökonomischen Verankerung im Hier und Jetzt weltlicher ausgerichtet war als das neu entstandene Christentum mit seiner mystischen Endzeitstimmung.

Es waren die polytheistischen Römer\*innen, nicht die Christ\*innen, die unter Kaiser Titus mit der Zerstörung des zweiten Jerusalemer Tempels im Jahr 70 tausende Jüd\*innen massakrierten und eine noch größere Zahl Überlebender als Sklav\*innen verschleppten.<sup>10</sup> Nach dem jüdischen Aufstand, der zwischen 132 und 135 die römische Herrschaft in Judäa in Frage stellte, vertrieben die Römer\*innen die jüdische Bevölkerung weitgehend aus dem bisher von ihnen bewohnten Gebiet,<sup>11</sup> – in etwa das heutige Israel und die Westbank –, oder sie verkauften sie als Sklav\*innen.<sup>12</sup> Nachdem sie zunächst auf große militärische Schwierigkeiten gestoßen waren, töteten die Römer\*innen bei ihrem Sieg im Jahr 135 hunderttausende Jüd\*innen.<sup>13</sup> Anschließend nannten die Römer\*innen das Gebiet Syria Palaestina.<sup>14</sup> Gegen die wenigen dort verbliebenen Jüd\*innen erließ der römische Kaiser Hadrian antijüdische Vorschriften und verfolgte die Minderheit, um sie vom jüdischen Glauben abzubringen.<sup>15</sup> Allerdings hatten die Jüd\*innen die Möglichkeit, sich u.a. im Gefolge römischer Legionen im Römischen Reich als Händler auszubreiten und sich in neu gegründeten Kastellen niederzulassen<sup>16</sup>.

Die größer werdende Bedeutung des Christentums und seine Akzeptanz insbesondere durch den römischen Kaiser Konstantin hatte schwerwiegende Konsequenzen für die Jüd\*innen im Römischen Reich. 315 erklärte dieser Kaiser den Übertritt vom Christentum zum Judentum für strafbar. 339 wurden bei Androhung der Todesstrafe die Ehe zwischen Jüd\*innen und Christ\*innen verboten.<sup>17</sup> Im Jahr 380 wurde das Christentum Staatsreligion im Römischen Reich.

Die rechtliche Stellung der Jüd\*innen verschlechterte sich unter dem Christentum rapide. 418 beschloss Kaiser Honorius, dass Juden keine staatlichen Ämter bekommen durften. Theodorius II. verbot ihnen 423 darüber hinaus, neue Synagogen zu bauen.<sup>18</sup>

Im 5./6. Jahrhundert verbreiteten christliche Theologen wie Augustinus von Hippo, Tiro von

Aquitaniern und Cassiodor die Behauptung, dass die Juden die Mörder Christus' gewesen waren.<sup>19</sup> Sie unterschlugen, dass Jesus, der Überlieferung zufolge, von den Römer\*innen ermordet worden war, deren spezielle Hinrichtungsart für Aufständische eben jene Kreuzigung war.

Ein Beweggrund der römisch-katholischen Kirche, Jüd\*innen systematisch zu benachteiligen, war – wie unter Hadrian –, die Absicht, sie unter andauernden Druck zu setzen: Sie sollten nicht länger am Judentum festhalten, sondern genötigt werden, zum Christentum überzutreten.<sup>20</sup>

Nach dem Ende der Sklavenhaltergesellschaft wurden die Jüd\*innen und Heid\*innen in der im 9. und 10. Jahrhundert entstehenden christlich geprägten Ständegesellschaft, dem Feudalismus, ausgegrenzt. Sie durften kein Land erwerben und konnten daher oft nur in den Städten leben, in denen ihnen eigene Straßenzüge oder Stadtteile zugewiesen wurden, die Ghettos oder Judengassen. Auch dort waren ihre ökonomischen Möglichkeiten zunehmend begrenzt. Die im 12. und 13. Jahrhundert entstehenden Zünfte<sup>21</sup>, die oft aus christlichen Bruderschaften entstanden<sup>22</sup> und dem Bischof unterstellte christliche Gemeinschaften waren, nahmen keine Juden auf – Jüdinnen schon gleich gar nicht. Juden durften demzufolge kein Handwerk ausüben und auch keinen Handel mehr treiben. Sie waren in diesen für das Mittelalter (ca. 500 n. Chr. bis 1500 n. Chr.) zentralen ökonomischen Bereichen als mögliche Konkurrenz ausgeschaltet.<sup>23</sup>

Juden war es außerdem verboten Waffen zu tragen, was sie zu Schutzbefohlenen der jeweiligen feudalen Herrscher werden ließ. Neben der gesellschaftlichen Sonderrolle, in die sie auch dadurch gedrängt wurden, machte sie das zudem zu Opfern erpresserischer »Schutzgeldzahlungen«. Auch der Ackerbau blieb ihnen verwehrt. So blieb den meisten Jüd\*innen nichts anderes übrig als von Christ\*innen verachtete Berufe wie Trödelhandel, Pfandleihe oder Kreditvergabe auszuüben.<sup>24</sup>

Die Kirche erlaubte den Juden, anders als den Christen, in der Regel den Geldverleih gegen Zinsen. Beim christlichen Zinsverbot mögen Ursprünge aus dem den Armen besonders zugewandten Urchristentum eine Rolle gespielt haben. Im Mittelalter galt vielen das Zinsverbot als ein soziales Anliegen, um zu verhindern, dass Menschen sich zu sehr verschuldeten.<sup>25</sup> Das Zinsverbot geht auf das Alte Testament zurück,

das Jüd\*innen und Christ\*innen gemeinsam ist. Allerdings interpretierten jüdische Religionsgelehrte einige Stellen so, dass es nur verboten war von Glaubensbrüdern Zinsen zu nehmen.<sup>26</sup> Ein Beispiel ist eine Stelle im 5. Buch Moses, wo es heißt: »Von einem Ausländer darfst du Zinsen nehmen, von deinem Bruder darfst du keine Zinsen nehmen [...].«<sup>27</sup>

Das christliche Zinsverbot entwickelte sich in Abgrenzung zur Praxis im Römischen Reich, bei der bis zu 12 Prozent Zins üblich war. Für die Erörterung und Entscheidung wichtiger theologischer und kirchlicher Fragen u.a. des christlichen Zinsverbotes versammelten sich die Bischöfe der katholischen Kirche in Synoden und Konzilen. Die Synoden besaßen regionalen Charakter, bei den Konzilen trafen sich möglichst alle Bischöfe der Kirche unter dem Vorsitz des Papstes. Die Synode von Elvira, etwa 306 n. Chr., beschloss, Zinsnehmen generell mit der Exkommunikation zu bestrafen. Das Konzil von Arles im Jahr 314 und im Anschluss daran das Konzil von Nicäa 325 verboten Klerikern das Zinsnehmen, für Laien wurde es als unsittlich verurteilt. Leo I. der Große, Papst von 440 – 461, verbot allen Christ\*innen das Zinsnehmen. Karl der Große dehnte das *christliche* Zinsverbot 789 und 806 auf die weltliche Rechtsprechung aus. Das Konzil von Konstantinopel bekräftigte 814 das Zinsverbot. Im 2. Laterankonzil 1139, im 3. Laterankonzil 1179 und im II. Konzil von Lyon 1274 wurde das Zinsverbot erneut bekräftigt.<sup>28</sup>

Auf der einen Seite sollten Christ\*innen keine Zinsen nehmen dürfen, auf der anderen wussten die Kirchenführer, dass aus ökonomischen Gründen auf den Geldverleih nicht verzichtet werden konnte.<sup>29</sup> Die Kleingewerbe des Mittelalters kamen kaum ohne Kredite aus. An einzelnen Orten hatten Juden sogar die Pflicht, Kredite zu geben. Landesherrn nahmen Zwangsanleihen bei den Juden oder zwangen sie dazu, ihnen Geld gegen Pfandgegenstände zu leihen. Es gab auch Bestimmungen, Privatleuten Geld gegen Pfand zu leihen.<sup>30</sup>

So fanden jüdische Geldverleiher\*innen sogar eine besondere Existenzberechtigung in der christlich dominierten Gesellschaft. Auf dem Gebiet des heutigen Deutschland erlebte das Judentum im 11. Jahrhundert eine Blütezeit.<sup>31</sup> Einige wenige Juden wurden als Bankiers zum Teil sehr erfolgreich, was ihnen aber auch besonderen Hass und Neid vieler Christ\*innen einbrachte.<sup>32</sup>

Pogrome waren gewaltsame Methoden vor allem von einflussreichen Christ\*innen, sich auch ihrer Schulden zu entledigen. Feudalherren stifteten christliche Pogrome gegen jüdische Menschen an und ließen sie verfolgen und vertreiben, weil es in ihrem ökonomischen Interesse lag. Sie mussten oft nur die Stereotypen vom Juden, der Brunnen vergiftete oder christliche Kinder ermordete und ihr Blut verzehrte, stimulieren, welche die christliche »Leitkultur« selbst geschaffen hatte und über die Zeiten abrufbar aufbewahrte.

Diesen frühen antijüdischen Benachteiligungen entstammen bis heute wirksame Stereotypen, wie zum Beispiel die, dass Jüdi\*innen Händler\*innen, insbesondere Geldhändler\*innen seien bzw. dass mit Geld zu handeln jüdisch sei. Bis heute werden Banken mit dem Judentum in Verbindung gebracht oder gar gleichgesetzt. Da es Jüd\*innen tendenziell verboten war, mit der Hand zu arbeiten, sei es in der Landwirtschaft oder im Handwerk, übte ein überproportional hoher Anteil von ihnen intellektuelle, geisteswissenschaftliche und kulturelle Tätigkeiten aus. Oftmals kamen diese Tätigkeiten in den Verruf, »typisch jüdisch« zu sein. In Preußen z.B. durften noch im 19. Jahrhundert Juden weder Richter noch Staatsanwälte noch Professoren werden. So fand sich ein überproportional hoher Anteil von ihnen im Beruf des Rechtsanwalts wieder und prompt schuf die christliche Mehrheitsgesellschaft das antisemitische Stereotyp vom fiesem, trickreichen »Winkeladvokaten«.

Im Zusammenhang mit den Kreuzzügen in den Nahen Osten bauten christliche Händler ab dem Ende des 11. Jahrhunderts Handelsbeziehungen in entfernte Länder auf und konnten durch ihren Zusammenschluss zu christlichen Kaufmannsgilden die jüdischen Händler aus dem Groß- und Fernhandel verdrängen.<sup>33</sup> Die Kreuzzüge waren für die Jüd\*innen in Mitteleuropa ein mörderischer Einschnitt. 1095 hatte Papst Urban II. dazu aufgerufen, Jerusalem und das »Heilige Land« von den Muslimen zu befreien, die es im 7. Jahrhundert besetzt hatten.<sup>34</sup> Bevor sie sich auf ihren Zug in den Nahen Osten begaben, erklärten die Kreuzfahrer die Jüd\*innen zu inneren Feind\*innen, raubten sie schon auf dem Weg in den Krieg aus und massakrierten sie in großer Zahl.<sup>35</sup> Die religiös aufgeladene antijüdische Hetze befeuerte den Raub jüdischen Vermögens, das zur Finanzierung der religiös gerechtfertigten Raubzüge benutzt wurde.<sup>36</sup>

Immer wieder wurden im Mittelalter Jüd\*innen

ermordet, weil ihnen vorgeworfen wurde, Christenkinder zu ermorden und ihr Blut zu trinken insbesondere beim Pessachfest, mit dem sie ihre Rückkehr aus der ägyptischen Sklaverei nach Israel feierten.<sup>37</sup> Natürlich war der Vorwurf absurd und die unterstellte Tat ohnehin vollkommen unvereinbar mit ihrer Religion.<sup>38</sup> Friedrich II., Kaiser des römisch-deutschen Reiches, ließ im Jahr 1236 sogar eine Kommission die Vorwürfe untersuchen. Es stellte sich heraus, dass den Jüd\*innen keine sogenannten Ritualmorde nachgewiesen werden konnten.<sup>39</sup> Das hinderte große Teile der Bevölkerung nicht, weiter an diese Hetzbilder zu glauben.<sup>40</sup>

Friedrich II. führte die sogenannte kaiserliche Kammerknechtschaft für die Jüd\*innen ein, was bedeutete, dass sie dem Kaiser persönlich unterworfen waren. Das verpflichtete sie einerseits zu Abgaben an den Kaiser, schützte sie aber andererseits vor der Willkür lokaler, dem Kaiser untergeordneter Feudalherren.<sup>41</sup>

Das 4. Laterankonzil unter dem Oberhaupt der katholischen Kirche Papst Innozenz III. fasste 1215 im Lateranplast in Rom, der bis 1308 der Amtssitz der Päpste war, antijüdische Beschlüsse.<sup>42 43</sup> Die darin verfügten antijüdischen Vorschriften bedeuten die Verrechtlichung der religiös begründeten Benachteiligung und der Ausgrenzung von Jüd\*innen.<sup>44</sup> Das Konzil unterstellte Jüd\*innen Christ\*innen mit Wucher zu ruinieren und sah Strafen dafür vor. Um »verdammenswerte Mischehen« zwischen Christ\*innen und Jüd\*innen auszuschließen, wurde Jüd\*innen vorgeschrieben, sich durch besondere Kleidung kenntlich zu machen. Die neuen Vorschriften beinhalteten den Ausschluss der Jüd\*innen aus öffentlichen Ämtern, die sie zuvor auf städtischer Ebene noch hatten ausüben dürfen.<sup>45</sup>

Allerdings gab es auch immer wieder geistliche Funktionsträger wie Papst Innozenz IV., der mit einer päpstlichen Bulle oder weltliche wie Ottokar von Böhmen, die mit entsprechenden Vorschriften in den Jahren 1247, 1254 und 1268 der Stigmatisierung und dem Morden Einhalt geboten.<sup>46</sup> Die jüdischen Gemeinschaften schickten ihre besten Vertreter zum Papst oder an die Höfe und nicht alle Ohren waren taub. Nur so konnten die Jüd\*innen als Gemeinschaft auf Dauer in Europa überleben.

Als die großen Seuchen seit dem 12. Jahrhundert aufkamen, wurde Jüd\*innen vorgeworfen, sie würden die Brunnen der Christ\*innen vergiften.

Immense Bedeutung erhielt dieser haltlose Vorwurf als 1348 die Pest nach Mitteleuropa vordrang. Dass die Pest durch Flöhe und Ratten verbreitet wurde, wussten die Menschen noch nicht. Die Beschuldigung erschien manchen plausibel, weil Jüd\*innen aufgrund ihrer anderen Ernährungs- und Hygienegewohnheiten oft später erkrankten als der Rest der Stadtbevölkerung.<sup>47</sup> Wieder wurden die Jüd\*innen in mörderischen Pogromen verfolgt.

Die Bewegung der Reformation, die im frühen 16. Jahrhundert aus Protest gegen die Verschwendungssucht und Ausplünderung der Menschen durch die römisch-katholische Kirche entstand, führte zur Spaltung der christlichen Kirche. Insbesondere der Handel mit sogenannten Ablassbriefen, mit denen sich die Menschen gegen Geld von ihren Sünden und vom vorhimmlischen Fegefeuer freikaufen konnten, wurde von vielen als Ausbeutung der Gläubigen erkannt.

Martin Luther, der protestantische Reformator und Gegner der römisch-katholischen Kirche, lehnte das Judentum theologisch immer ab. 1523 verfasste er eine Schrift, die weniger judenfeindlich erscheint als spätere. Aber Luther war der festen Überzeugung, dass jüdische Menschen durch seine Reformation zu seiner neuen Form christlichen Glaubens übertreten und in Jesus von Nazareth den Messias erkennen mussten. In den nächsten 20 Jahren musste Luther aber erleben, dass sich die Jüd\*innen auch von ihm nicht missionieren lassen wollten. Er entwickelte einen überbordenden Hass auf sie und wurde zum Stichwortgeber dafür, was etwa 400 Jahre später, mit den Verbrechen der Deutschen an den deutschen und europäischen Jüd\*innen im NS-Faschismus, vernichtende Realität werden würde. Luther gab 1543 in seiner Schrift »Von den Juden und ihren Lügen« sieben »Ratschläge«, wie mit ihnen verfahren werden sollte:

»Dass man ihre Synagoga oder Schule mit Feuer anstecke... dass man auch ihre Häuser dergleichen abbreche oder zerstöre... dass man ihnen nehme all ihre Betbüchlein... dass man ihren Rabbinern bei Leib und Leben verbiete, hinfort zu lehren... dass man ihnen Geleit und Straße ganz und gar aufhebe... dass man ihnen nehme alle Barschaft und Kleinod an Silber und Gold und lege es beiseite zum Verwahren... dass man ihnen in die Hand gebe Flegel, Axt, Spaten, Rocken, Spindel und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiß der Nasen.«<sup>48</sup> Der große Reformator empfahl, jüdischen

Gelehrten – seinen Konkurrenten – »ihre Zungen hinten am Halse herauszuschneiden.«

Im Lauf der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise seit dem 16. Jahrhundert verbanden die Feinde der Jüd\*innen ihr Unverständnis der kapitalistischen Verhältnisse und ihre Kritik an Erscheinungsformen des Kapitalismus mit ihrem Antisemitismus. Ohne polit-ökonomische Analyse bleibt der Kapitalismus undurchschaubar, das gilt auch heute. Ausgangspunkt ist der Doppelcharakter der Ware, der darin besteht, dass die Ware gleichzeitig Gebrauchswert und Tauschwert hat. Während der Gebrauchswert der Ware konkret und nachvollziehbar ist, ist der Tauschwert eine universelle abstrakte Größe, in welcher der Mehrwert und damit die Ausbeutung versteckt ist. In der besonderen Ware Geld nimmt der Wert eine universelle Form an, denn Geld als Ware kann gegen jede andere Ware getauscht werden.

Dass jüdische Menschen in vielen Teilen der Welt als emigrierte Minderheiten leben, erleichtert im verengten Weltbild der Antisemit\*innen die Unterstellung, sie würden weltweit verschwörerisch agieren. Der Tauschwert wird von Antisemit\*innen als raffendes Kapital, als angeblich jüdisches Kapital gesehen. Damit wird das alte antisemitische Stereotyp bedient, nach dem Jüd\*innen auf Kosten der Mehrheitsgesellschaft leben.<sup>49</sup> Demgegenüber stellen die Antisemit\*innen in ihrem Verständnis des Kapitalismus den angeblich produktiven Teil des Kapitals, von dem der Gebrauchswert der Waren erzeugt wird. Diese Reduzierung des Kapitalismus auf den Tauschwert durch die politische Rechte ist nichts anderes als die Akzeptanz der kapitalistischen Verwertungsbedingungen. Kritisiert werden, noch dazu auf verschwörungsideologischer Basis, allenfalls einzelne Aspekte des Kapitalismus. Die Reduzierung des Kapitalismus auf den Tauschwert, auf das unbegriffene »internationale Finanzkapital« führt zu einem konstruierten »internationalen Judentum« und das antisemitische Stereotyp der »jüdischen Weltverschwörung« hat seine ätzende Rechtfertigung gefunden.

Karl Marx zeigte im 3. Band des Kapitals, wie sich die Mystifikation des Zinses auflösen lässt, wenn seine Funktion im Kapitalismus polit-ökonomisch analysiert wird. Gleichzeitig erklärte er, worauf die Verschleierung der wirklichen Verhältnisse beruht. Der Zins für einen Kredit ist

im Kapitalismus nichts anderes als ein Ergebnis der Aufteilung des Profits in einen Teil für das geldgebende Kapital und einen Teil für das Kapital, das mit dem geliehenen Geld von den Lohnabhängigen den Mehrwert produzieren lässt: »[...] der Zins [ist] ein Teil des Profits, der [...] vom industriellen Kapitalisten an den Geldkapitalisten zu zahlen ist [...].«<sup>50</sup>

Geldvermögen, das Zinsen abwerfen konnte, gab es schon vor dem Kapitalismus. Marx schreibt dazu: »Daher immer noch in der Volksvorstellung Geldkapital, [also] zinstragendes Kapital als Kapital als solches, als Kapital par excellence gilt.«<sup>51</sup> Weil der Schein trügt, stellte Marx fest, liegt die folgende Fehleinschätzung nahe, wenn Mensch nicht genau hinschaut: »Der industrielle Kapitalist, als unterschieden vom Kapitaleigentümer, erscheint daher nicht als fungierendes [d. h. tätiges] Kapital, sondern als Funktionär auch abgesehen vom Kapital, als einfacher Träger des Arbeitsprozesses überhaupt, als Arbeiter, und zwar als Lohnarbeiter.«

Marx schreibt weiter: »Der Zins an sich drückt gerade das Dasein der Arbeitsbedingungen als Kapital, in ihrem gesellschaftlichen Gegensatz zur Arbeit, und in ihrer Verwandlung in persönliche Mächte gegenüber der Arbeit und über die Arbeit aus. Er stellt das bloße Kapitaleigentum dar als Mittel, sich Produkte fremder Arbeit anzueignen. Aber er stellt diesen Charakter des Kapitals dar als etwas, das ihm außerhalb des Produktionsprozesses zukommt und das keineswegs das Resultat der spezifisch kapitalistischen Bestimmtheit dieses Produktionsprozesses ist. Er stellt es dar, nicht in direktem Gegensatz zur Arbeit, sondern umgekehrt, ohne Verhältnis zur Arbeit und als bloßes Verhältnis eines Kapitalisten zum anderen.«<sup>52</sup> So kann der irreführende Eindruck entstehen, das zinstragende Kapital würde das produzierende Kapital ausbeuten.

Warum sich Lohnabhängige mit dem sogenannten schaffenden Kapital gegen das sogenannte raffende Kapital gemein machen können, was eine der Voraussetzungen antisemitischer Stereotypen bis heute ist, erklärt Marx u.a. mit diesen Worten: »Da der entfremdete Charakter des Kapitals, sein Gegensatz zur Arbeit, jenseits des wirklichen Exploitationsprozesses [d. h. des Ausbeutungsprozesses] verlegt wird, nämlich ins zinstragende Kapital, so erscheint dieser Exploitationsprozeß selbst als ein bloßer Arbeitsprozeß, wo der fungierende Kapitalist nur andre Arbeit verrichtet als der Arbeiter. So daß die Arbeit des Exploitierens und die exploitierte

Arbeit, beide als Arbeit, identisch sind.« Marx beantwortet diese verkehrte Sicht mit Ironie: »Die Arbeit des Exploitierens ist ebensogut Arbeit, wie die Arbeit, die exploitiert wird.«<sup>53</sup>

Die Logik der antisemitischen Unterscheidung in produktives und parasitäres Kapital ist auch deswegen prokapitalistisch, weil in der Unterscheidung in schaffendes und raffendes Kapital der Leistungsgedanke mittransportiert wird: Nur wer arbeitet, darf auch essen. Die Akzeptanz dieses Gedankens ist ein wesentliches Element bei der Unterwerfung der Lohnabhängigen unter das Diktat des Kapitals.

Ähnlich wie bei der Mystifikation des Zinses verhält es sich bei der Fixierung auf das Geld als dem Übel, das im Antisemitismus wieder mit den Jüd\*innen als den angeblichen Träger\*innen des Geldes assoziiert wird. Bewusst oder unbewusst blenden Antisemit\*innen aus, dass Geld nur eine besondere, universelle, mit allem anderen austauschbare Ware ist und damit für das Funktionieren des Tausches auf höherer Stufe unabdingbar. Denn im komplexen Zusammenspiel der verschiedenen Akteur\*innen in der kapitalistischen Wirtschaft ist es unmöglich, dass produzierte Ware gegen produzierte Ware direkt getauscht wird. Diese verkürzte Sicht auf das Geld als dem eigentlichen Übel verstellt den Blick darauf, dass es der Tausch von Waren ist, durch den der vom Kapital den Lohnabhängigen entzogene Mehrwert realisiert wird und die Ausbeutung daher in den produzierten Waren und nicht im Geld steckt. Zum anderen verhindert diese Unfähigkeit, sich eine Gesellschaft vorstellen zu können, in der die solidarischen Wirtschaftsbeziehungen ohne Tausch auskommen, weil freiwillig genug für alle produziert und zur Verfügung gestellt wird.

In Zeiten der wirtschaftlichen Krise, in der die kapitalistischen Verhältnisse noch undurchschaubarer erscheinen als sonst, steigt die Tendenz zum Antisemitismus. Schon in der ersten großen Überproduktionskrise des beginnenden industriellen Kapitalismus 1815 wurden ältere jüdenfeindliche Denkmotive zu einem antijüdischen Weltbild mit umfassenden verschwörungs-ideologischen Erklärungsmustern.<sup>54</sup>

Ende des 19. Jahrhunderts wird die durch die Tendenz zur Überproduktion bedingte Krisenhaftigkeit des Kapitalismus durch die rasche industrielle Entwicklung besonders deutlich. In der gleichen Zeit breitet sich der Antisemitismus weiter aus. Er nimmt eine Form an, in der die Jüd\*innen nicht mehr allein als Träger\*innen

des Geldes denunziert werden, sondern zudem für die ökonomischen Krisen und Umstrukturierungen und Umbrüche verantwortlich gemacht werden, wie früher für die Pest.<sup>55</sup>

Antisemitische Synonyme für »die Juden« und die »jüdische Weltverschwörung« sind u.a. das sogenannte »internationale Finanzkapital« als Gleichsetzung mit dem internationalen Judentum oder die »internationale Finanzoligarchie« oder speziell die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (FED), die in der antisemitischen Lesart für alle Kriege und Krisen verantwortlich sein soll. Der Hinweis, die FED sei in Wirklichkeit eine Privatbank, ist heute ein typischer antisemitischer Code. Vor allem deutschsprachige Antisemit\*innen haben seit der Gründung der Federal Reserve 1913 oft hervorgehoben, dass Juden wie Paul Warburg daran beteiligt waren. Damit wollten sie ihre Behauptungen untermauern, die FED werde, wie sie es auch von der Reichsbank der Weimarer Republik behaupteten, durch das »Finanzjudentum« gelenkt. Ein wichtiger Vertreter war der NS-Propagandist Gottfried Feder 1926<sup>56</sup>. Antisemitische Angriffe auf die FED finden sich auch in Flugblättern des Nazi-Regimes während des 2. Weltkriegs.<sup>57</sup> In der Propaganda der sog. Mahnwachen für den Frieden tauchten sie Anfang 2014 erneut in der Öffentlichkeit auf.

Ausgerechnet die Aufklärung, die mit ihrer Infragestellung der Religion dazu beitrug, dass der christliche Antijudaismus an Bedeutung verlor und der Anteil der sich säkular verstehenden Jüd\*innen im Judentum wuchs, lieferte im 18. Jahrhundert auch einige Grundlagen für die Entwicklung des rassistischen Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Immanuel Kant konstruierte 1775 in seinem Werk »Von den verschiedenen Rassen der Menschen« vier »Grundrassen«, was »damals wie heute interessengeleiteter wissenschaftlicher Unfug ist«, so Jutta Ditfurth.<sup>58</sup> Es gibt keine Menschenrassen. Die Konstruktion von »Rassen« dient immer der Überlegenheit und dem Herrschaftsanspruch einer vermeintlich »höherwertigen« Menschengruppe über eine oder mehrere andere, die so entwertet werden.

Der Rassismus hatte z.B. die Funktion, die von ihrer »blut reinen« Abstammung abgeleitete Überlegenheit des Adels gegenüber den von ihnen Ausgebeuteten behaupten zu können. »Von Rasse sein« war gleichbedeutend mit »adelig sein«. Mit der Aufklärung hatte der Rassismus in dieser Form ausgedient und konnte

umgedeutet werden. Jutta Ditfurth beschreibt die Entwicklung so: »Nach dem innereuropäischen »farblosen«, national und sozial begründeten Rassismus vergangener Jahrhunderte klebten Ideologen im 18. Jahrhundert die Kategorie »Rasse« an die Hautfarbe der Menschen.«<sup>59</sup>

Ein Vertreter des Rassismus, noch im Interesse des Adels, war Arthur Comte de Gobineau, der Mitte des 19. Jahrhunderts die Degeneration der vermeintlich »weißen Rasse« des Adels durch die »Vermischung« mit anderen »Rassen« beklagte.<sup>60</sup> Gobineau schuf eine wesentliche Grundlage für die Konstruktion der Jüd\*innen als angeblich eigene »Rasse«, denn er vertrat die Auffassung, dass sich die Jüd\*innen, trotz ihrer Wanderungen, ihre »asiatische Rasse« bewahrt hätten, weil sie sich stets erfolgreich gegen die Mehrheitsgesellschaft abgeschlossen hätten.

Sein für Jüd\*innen und auch für Roma und Sinti vernichtender Beitrag zu rassistischer Ideologie ist die – sogleich von rassistischen Antisemit\*innen aufgegriffene – Auffassung, dass gerade die »Mischung« der »Rassen« verderblich sei. Aufgrund ihrer Wanderungsbewegungen, bei denen sie sich selbstverständlich an vielen Orten auch mit Einheimischen verbunden hatten, konnten die Jüd\*innen zum Opfer dieser besonderen Form des Rassismus werden. Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Erfolge vieler Jüd\*innen standen zur Unterstellung ihrer »Degeneration« durch »Vermischung« in einem eklatanten Widerspruch, was den Vernichtungswahn der rassistischen Antisemit\*innen eher noch steigerte.

Im erst spät aus feudalistischen Verhältnissen und Kleinstaaterei heraus zu einer kapitalistischen Nation gewordenen Deutschen Reich spielte die rassistische Definition der Zugehörigkeit zur deutschen Nation durch eine angebliche gemeinsame biologische Abstammung eine besonders starke Rolle. Auch deshalb konnte sich der eliminatorische Antisemitismus im Deutschen Reich besonders stark entfalten.

Die Gründerkrise genannte Weltmarktkrise von 1873 schlug in die Blütezeit der kapitalistischen Entwicklung nach der Gründung des Deutschen Reiches wie ein Blitzschlag ein. »Irgendwer musste schuld sein. Die herrschende Elite und ihre Ideologen identifizierten die Liberalen und die Jüd\*innen. Eine neue Welle des Antisemitismus schwappte heran und fand ihren Höhepunkt im Berliner Antisemitismustreit« (Jutta Ditfurth).<sup>61</sup> Der Historiker und Reichstagsabgeordnete

Heinrich von Treitschke löste mit seinem am 15. November 1879 veröffentlichten Aufsatz »Unsere Aussichten« einen Streit zwischen verschiedenen Wissenschaftlern über die Berechtigung der Abwertung der Jüd\*innen aus. Diesen Streit nutzten die Judenfeind\*innen, um den von dem Journalisten Wilhelm Marr im Februar 1879 geprägten Begriff Antisemitismus als offensiven Ausdruck der Ablehnung des Judentums und der Jüd\*innen zu verbreiten.<sup>62</sup>

Die Gründerkrise wirkte wie ein Katalysator auf den rassistischen Antisemitismus, der sich seit dem späten 19. Jahrhundert ausbreitete und mit seiner biologistischen Begründung der vermeintlichen »Andersartigkeit« und »Fremdrassigkeit« die Ausgrenzung und Abwertung jüdischer Menschen meinte. Der christliche Antijudaismus hatte jüdischen Menschen, bedroht von Pogromen, mancherorts noch den Ausweg der Taufe gelassen. Den Massakern der Kreuzfahrer im Mittelalter waren Jüd\*innen in manchen Orten durch den sofortigen Übertritt zum Christentum, durch die Taufe, entkommen,<sup>63</sup> auch wenn es schon im Mittelalter rassistisches Reden über die Jüd\*innen gab. Mit der rassistischen Ausgrenzung wurde diese Hintertür der Taufe verschlossen: Jude oder Jüdin sein ließ sich nicht mehr durch einen Glaubenswechsel ändern. Jude sein war mehr als eine Religion geworden, eine »Rasse« war konstruiert. Die aus der aufgezwungenen Sonderrolle der Jüd\*innen abgeleiteten und rassistisch begründeten Stereotypen führten in letzter Konsequenz vom Vertreibungs- zum Ausrottungsgedanken und schließlich zum eliminatorischen Antisemitismus.

Im Beitrag »Über den Antisemitismus« in der von Ernst Jünger und Werner Laß herausgegebenen Wochenzeitung *Die Kommenden* wurde das Judentum im September 1930 als das leibgewordene Schreckgespenst des politischen Untergangs bezeichnet. Das Judentum sei ein »Volk«, das aus dem Schmelzofen vieler »Rassen« uralte Tradition und Kultur mitbekam, »aber auch blutlich belastet wurde«. Weiter heißt es: »Wir [...] erkennen, wie jeder einzelne dieses Volkes auf seinem Wanderschicksalsweg erneut belohnt wurde: der nach Osten verschlagene Jude mit Blut und Bluterbe mongolischer und tatarischer, staaten- und geschichtsloser Völkerschaften der Steppe, der in den Mittelmeerländer verwehte mit Blut und Geschichte der entarteten Römer, der Normannen, der Mauren, der Neger und der Bastardisierungen aller.«<sup>64</sup> Ernst Jüngers eigener Beitrag im gleichen Heft endet mit: »Im gleichen Maße, in

dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein.«<sup>65</sup>

Nach Auschwitz, nach der industriellen Massenvernichtung der Jüd\*innen im NS-Faschismus, sahen sich Antisemit\*innen in der Regel gezwungen, Verkläuserungen oder Umwegargumentationen zu verwenden, wenn sie über Jüd\*innen sprachen. Offener Antisemitismus war erst einmal diskreditiert.

Dem christlichen Antijudaismus, dem rassistischen Antisemitismus und dem eliminatorischen, auf Vernichtung der Jüd\*innen zielenden Antisemitismus, folgte der sekundäre Antisemitismus, der Schuldabwehr-Antisemitismus. Der sekundäre Antisemitismus ist ein Antisemitismus nicht trotz sondern wegen Auschwitz. Der Begriff »sekundärer Antisemitismus« ist aber auch problematisch, weil der Begriff selbst nichts aussagt. Der Antrieb dieses Typs des Antisemitismus ist der Versuch, die ja nicht zu leugnende deutsche Schuld am millionenfachen Mord abzuwehren und zu relativieren. Dabei erfüllt die Abwehr der Verantwortung für die Verbrechen des NS-Faschismus auch den Zweck, entweder die Verbrechen zu verharmlosen oder den Jüd\*innen wenigstens eine Teilschuld unterzuschieben.

Auch hier leben die alten Stereotypen weiter: Jüd\*innen als »Störenfriede«, als »Schmarotzer« und – aufgrund von Entschädigungsforderungen –, als vermeintlich geldgierig.<sup>66</sup> Mit der Schmähung Israels sollen Jüd\*innen als Täterkollektiv stigmatisiert werden. Jüdischen Menschen, wird vorgeworfen, von der Shoah profitieren zu wollen. Israel wird mit dem NS-Regime verglichen, Guantanamo mit der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden im NS-Faschismus. Im Umgang mit den Palästinenser\*innen glichen »die Juden« den Nazis, sagt dieser Typ von Antisemit\*in beispielsweise. Ein moderner Antisemit wie Ken Jebsen (alias KenFM) spricht so: »Israel strebt in Palästina die Endlösung an.«<sup>67</sup>

Theodor W. Adorno sagte 1962: »Ein besonders hinter sinniges Argument ist: ›Man darf ja gegen Juden heute nichts sagen.‹ Es wird sozusagen gerade aus dem öffentlichen Tabu über den Antisemitismus ein Argument für den Antisemi-

tismus gemacht: wenn man nichts gegen die Juden sagen darf, dann – so läuft die assoziative Logik weiter – sei an dem, was man gegen sie sagen könnte, auch schon was daran.«<sup>68</sup>

Beim strukturellen Antisemitismus verbinden sich verklausulierte Stereotypen teilweise mit antikapitalistischer Rhetorik oder vermeintlich antikapitalistischen Versatzstücken, die an überlieferte antisemitische Stereotypen anknüpfen. Ein Beispiel ist die platte, in Wirklichkeit prokapitalistische Kritik am Geld und/oder am Zins sowie an der sogenannten internationalen Finanzoligarchie oder dem internationalen Finanzkapital. Darin enthalten sind die antisemitischen Unterstellungen »jüdischen Wuchers« und der »jüdischen Weltverschwörung«. Eine Teilwahrheit der personalisierenden Kapitalismuskritik ist, dass letztlich hinter dem gesellschaftlichen Verhältnis des Kapitals, das aus dem antagonistischen Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, reale Menschen stehen. Sie eignen sich Teile des gesellschaftlichen Reichtums persönlich an, indem sie andere Menschen ausbeuten oder ausbeuten lassen.

Die Vertreter\*innen der neuesten Form des Antisemitismus, des antizionistischen Antisemitismus, geben sich gern einen linken Anstrich. Ihnen dient der Nahostkonflikt als Verstärker und als Projektionsfläche und ihr Anliegen ist angeblich nichts als die Solidarität mit den Palästinenser\*innen. Dieser »links« gewendete Antisemitismus verneint das Existenzrecht Israels und bestreitet die Notwendigkeit eines garantierten Schutzraums für Jüd\*innen. Mit der aus emanzipatorischer linker Sicht notwendigen Kritik an konkreten politischen Entscheidungen und Handlungen von israelischen Regierungen hat das nichts zu tun. Die Behauptung, jede Kritik an Israel würde sich automatisch den Vorwurf des Antisemitismus einhandeln, ist selbst ein antisemitisches Stereotyp, das angesichts der veröffentlichten Vielzahl kritischer Einschätzungen israelischer Politik jeder Grundlage entbehrt. Moishe Postone begründet die Existenz des Zionismus und das Existenzrecht Israels folgendermaßen: »Zionismus wurde als nationalistische Antwort für viele Juden überzeugend, nachdem sie erfahren hatten, wie die Projektion einer jüdischen Weltverschwörung in ihr Gegenteil umschlug: eine Weltverschwörung gegen die Juden.«<sup>69</sup> [Hervorhebung d. A.]

Die Gleichsetzung Israels mit »den Juden« ist mit der Behauptung verbunden, Jüd\*innen seien

eine weltweite Bedrohung. Ein Beispiel dafür ist der weitverbreitete und von großer Zustimmung getragene Vorwurf, Israel sei eine Bedrohung für den Weltfrieden. Der antisemitische Angriff des 19. Jahrhunderts, das Stereotyp »Die Juden sind unser Unglück« (Heinrich von Treitschke), lebt weiter.<sup>70</sup> Antizionistische Antisemit\*innen machen alle Jüd\*innen auf der Welt – die sie häufig allesamt als Zionist\*innen bezeichnen –, verantwortlich für die Politik der israelischen Regierung. Auf ihren Kundgebungen und bei ihren Aktionen taucht heute das alte christliche Hassbild von den Juden als »Kinderermörder« wieder auf, eine der in diesen Kreisen beliebtesten Parolen ist »Kinderermörder Israel«. Sie unterstellen, dass die israelische Armee bei Bombenangriffen gezielt Kinder ermordet.

Was Antisemit\*innen am Zionismus besonders stört, ist sein Anspruch auf die jüdische Selbstverteidigung, die mit dem Staat Israel materielle Gestalt angenommen hat. So ist Israel sowohl für die zionistische Bewegung als auch für deren antisemitische Gegner\*innen der Ausdruck für verteidigungsfähige Jüd\*innen, die letzteren ein besonderer Dorn im Auge sind.<sup>71</sup>

Eine Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments (European Parliament Working Group On Antisemitism) hat die »EUMC Arbeitsdefinition Antisemitismus« veröffentlicht. Die EUMC (Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia), war eine unabhängige Agentur der Europäischen Union, die am 15. Februar 2007 von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA, European Union Agency for Fundamental Rights) abgelöst wurde. Die Definition liefert u.a. eine bürgerliche Arbeitsdefinition für antizionistischen Antisemitismus:

- »Beispiele von Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Staat Israel und unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes können folgende Verhaltensformen einschließen, ohne auf diese beschränkt zu sein:
- Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
  - Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
  - Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in

Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.

- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.

Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.«<sup>72</sup>

Eine Schwäche dieser Beschreibung ist, dass hier zwar Erkennungszeichen des antizionistischen Antisemitismus zusammengefasst sind, aber eine Kritik am Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Kapitalismus fehlt.

Typische antizionistische »Argumente« der *Delegitimation* Israels sind: Der Staat Israel sei ein rassistisches Projekt, dessen Existenz auf Raub und Vertreibung beruhe. Von Israel wird ein anderes Verhalten gefordert als von jedem anderen kapitalistischen Staat. Ihm wird unter Anwendung doppelter Standards bei Nichtbefolgen die Höchststrafe angedroht: die Vernichtung seiner Existenz. Eine vergleichbare Kollektivstrafe gegen Deutschland, Russland oder die USA ist nicht vorstellbar. Mit linker Staatskritik und aufgeklärtem Antinationalismus hat diese antizionistisch-antisemitische Hetze nicht das Geringste zu tun.

Israel wird *dämonisiert* wie kein zweiter Staat. Es wurde zum Objekt der Wahnvorstellung von einer »jüdischen Weltmacht«, verschärft seit der Weltwirtschaftskrise von 2008ff. Und Israel wird mit dem NS-Faschismus bzw. dem Nazi-Regime gleichgesetzt. Das verharmlost nicht nur die Shoah, den millionenfachen Massenmord an den deutschen und europäischen Jüd\*innen durch Deutschland, es soll auch deutsche Antisemit\*innen von aller geschichtspolitischen Verantwortung freisprechen.<sup>73</sup>

Ein aktuelles Beispiel für die Wirksamkeit des antizionistischen Antisemitismus ist die BDS-Kampagne, die weltweit angeblich alle Palästinenser\*innen unterstützt und vertritt. BDS ist die Abkürzung für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (englisch Boycott, Divestment, Sanctions). Diese internationale Kampagne, deren Finanzierung im Verborgenen bleibt, ist eine antisemitische Kampagne pro-palästinensischer Organisationen und ihrer internationalen Bündnispartner\*innen mit dem Ziel, Israel zu dämonisieren, zu delegitimieren und schließlich

zu zerstören.

Einer der wichtigsten BDS-Historiker, Ilan Pappé von der Universität Exeter, gibt am 25.5.2017 zu, dass der BDS nicht von der palästinensischen »Zivilgesellschaft« gegründet worden ist – so ist die BDS-Legende. Einige Rezensent\*innen seiner Bücher haben Ilan Pappé vorgeworfen, mit Quellen schlampig und manipulativ umzugehen wie z.B. in seinem Buch »Die ethnische Säuberung Palästinas«. Die Universität von Haifa hat ihm 2005 nahegelegt, die Uni zu verlassen, seit 2007 lehrt er an der University of Exeter. Er ist ein Historiker, der aus politischer Opportunität Geschichte fälscht.

Der BDS behauptet, eine selbstorganisierte, gewaltfreie Kampagne der »palästinensischen Zivilgesellschaft« zu sein. Das ist eine wesentliche Säule seiner Propaganda. Die bisherigen Erkenntnisse weisen eher auf Gründung, Propaganda und Geld aus arabischen Ländern und aus dem Teil der britischen Oberschicht hin, der traditionell zu den Gegnern Israels gehört.<sup>74</sup>

Offizielles Ziel ist es, die Menschenrechte für die Palästinenser\*innen in den besetzten Gebieten, in Gaza und für die arabische Minderheit in Israel durchzusetzen. Die BDS-Kampagne will Israel mit dem Boykott von Waren, Firmen, Banken, Bildungseinrichtungen, wissenschaftlichem Austausch und kulturellen Veranstaltungen sowie mit dem Abzug von Investitionen in Israel und mit einer internationalen staatlichen Sanktionspolitik z.B. gegen die Firmen und Institutionen, die Beziehungen zu Israel aufrechterhalten, international isolieren und in den Ruin treiben.

Der angeblich gewaltfreie, friedfertige Ansatz der BDS-Strategie setzt an der Behauptung an, Israel sei ein Apartheid-Staat. Er geht zurück auf das NGO-Forum der »World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance (WCAR), das 2001 in Durban, Südafrika stattfand. Für diesen planvoll stigmatisierenden Vorwurf werden zwei Gründe aufgeführt:

1. Die Mauer bzw. der Zaun, der die palästinensischen Gebiete im Westjordanland abtrennt.
2. Die angebliche systematische staatliche Ungleichbehandlung der arabischen israelischen Staatsbürger\*innen.

Israel ist eine kapitalistische und demzufolge leider auch eine rassistische Gesellschaft. Aber Israel ist kein Apartheidstaat. Der BDS möchte

Israel mit dem südafrikanischen Apartheidstaat vergleichen, um seine dämonisierende Agitation gegen Israel leichter und wirkungsvoller betreiben zu können, indem er an die erfolgreiche internationale Anti-Apartheidskampagne gegen Südafrika erinnert. Aber gesellschaftliche Diskriminierung ist etwas anderes als juristisch-institutionelle staatliche Ungleichbehandlung:

Schwarze Afrikaner\*innen hatten im südafrikanischen Apartheidregime weder ein Wahlrecht noch Redefreiheit, für sie galt weder Pressefreiheit noch Arbeitsrecht. Sie sollten in eigenen ärmlichen Regionen leben. Die abgetrennten Schulen für ihre Kinder waren primitiv, der Lehrplan auch. Weißen und Schwarzen waren gemeinsame Liebesbeziehungen oder Heiraten gesetzlich verboten. Kinder aus solchen Beziehungen mussten versteckt werden, weil sie als lebender Beweis für ein »Verbrechen« galten. Schwarze Menschen wurden nur in schlechteren Abteilungen des Gesundheitswesens behandelt. Sie hatten nirgendwo gleiche Rechte, auch nicht im Arbeitsleben. Sie konnten gegen ihre vielfältigen Diskriminierungen nicht vor Gericht ziehen. Damit waren sie polizeilichen Übergriffen hilflos ausgeliefert. Sie durften in kein Parlament gewählt werden, nicht Richter\*in werden und nicht Offizier\*in – anders als arabische Menschen in Israel. Nichts, was den Kern eines Apartheidregimes angeht, findet sich in Israel.<sup>75</sup>

Es gibt eine gesellschaftliche Ungleichbehandlung von arabischen Menschen, palästinensischen Menschen, schwarzen jüdischen Menschen usw. in Israel – ähnlich wie in Deutschland oder den USA oder anderswo. Aber es gibt keine durchgängige, systematische Diskriminierung durch Gesetze, die den palästinensischen, arabischen oder schwarzen Israelis Rechte nehmen, die sie jüdischen Israelis gewähren. Wenn es Diskriminierung gibt, dann in dem Rahmen, der auch in anderen bürgerlich-demokratischen kapitalistischen Staaten in einer vergleichbaren Situation der permanenten existenziellen Bedrohung gelten würde.

Die Mauer bzw. der Zaun ist in erster Linie eine Sicherungsmaßnahme gegen Attentate auf die israelische Zivilbevölkerung und dient nicht der direkten Unterdrückung und Ausbeutung der palästinensischen Seite. Andererseits überschreitet die israelische Grenzsicherungsline die Waffenstillstandslinie von 1949 und reicht teilweise weit in das palästinensische Gebiet im Westjordanland hinein.

Insgesamt ist die Situation sowohl in Israel selbst als auch im Westjordanland oder Gaza nicht mit der Situation in Südafrika während der Herrschaft des strukturell rassistischen Apartheidregimes zu vergleichen, wo eine weiße Bevölkerungsminderheit die schwarze Mehrheit systematisch und staatlich bis ins kleinste geregelt unterdrückte und ausbeutete.

Die Apartheidstaat-Propaganda der BDS-Kampagne dient der Stigmatisierung Israels. Sie liefert ideologische Waffen und Instrumente für ein weltweites antisemitisches Kampffeld und sie ist direkt verbunden mit der Forderung nach dem umfassenden vererbbaaren »Rückkehrrecht« der Palästinenser\*innen, das als Hebel zur faktischen Auslöschung Israels als selbstständigem Staatsgebilde dienen soll.<sup>76</sup> Mit dem Rückkehrrecht ist – im Verständnis des BDS und der mit ihm verbundenen Gruppen – nicht das Recht zur Rückkehr tatsächlich vertriebener Palästinenser\*innen gemeint, sondern ein unbegrenzt vererbbares Rückkehrrecht für alle ihre Nachfahren, was gegenwärtig schätzungsweise 5 – 6,5 Millionen Palästinenser\*innen umfasst. Israel ist aber nur so groß wie Hessen und hat etwa 8,3 Millionen Einwohner\*innen, von denen rund 75 Prozent Jüd\*innen (6,3 Millionen) sind. Etwas mehr als 20 Prozent sind Araber\*innen, 5 Prozent verteilen sich auf »andere«: Christ\*innen, Drus\*innen, Roma usw.

Die Forderung, dass nicht nur die 1947/48 tatsächlich vertriebenen Palästinenser\*innen, sondern alle ihre Nachfahren nach Israel zurückkehren sollen, gehört bei antizionistisch antisemitischen Gruppen und Organisationen zum Standardrepertoire. Aber das Völkerrecht kennt kein »vererbbares Rückkehrrecht«. In der Praxis beträfe ein »vererbbares Rückkehrrecht« viele Millionen Palästinenser\*innen und wäre die neue Gestalt der antisemitischen Forderung »Juden ins Meer«. Es wäre das Ende Israels als des einzigen jüdischen Staates weltweit.<sup>77</sup> Ein vererbbares Rückkehrrecht würde außerdem in der Praxis nicht nur im Nahen Osten sondern auch in vielen anderen Teilen der Welt zu neuen Spannungen, zu Kriegen und Bürgerkriegen führen.

Am 9. November 2010, dem 72. Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938, organisierte der BDS eine Kundgebung in Berlin. Ausgerechnet an diesem Tag forderten sog. Friedensaktivist\*innen, sechs Bundestagsmitglieder der Linkspartei, Parteigruppen der Linkspartei aus Berlin, NRW und Baden-Württemberg, diverse

Nahostarbeitskreise und andere: »Keine Waffenlieferungen nach Israel!« Keine Waffenexporte irgendwohin wäre eine pazifistische oder antimilitaristische Forderung gewesen. Wie gesagt: Verteidigungsfähige Jüd\*innen sind für Antisemit\*innen das allerschlimmste.<sup>78</sup>

2011 trat der BDS in Bremen an die Öffentlichkeit. Die Anhänger\*innen der Kampagne markierten beispielsweise angeblich oder tatsächlich in Gaza oder der Westbank produzierte Waren in Supermärkten.<sup>79</sup> Anfangs sollte der Eindruck erweckt werden, es ginge nur um den Boykott dieser Waren aus den besetzten Gebieten bzw. Siedlungsgebieten.

In den folgenden Jahren trat der BDS in Deutschland zwar noch vorsichtig, aber immer aggressiver auf. Er versucht sich, wie bei der Revolutionären 1. Mai-Demonstration 2016 in Berlin, in linke und internationalistische Bündnisse zu drängen und all diejenigen zu verdrängen, die Israel zwar kritisieren, nicht aber zerstören wollen. Mit dieser Eskalationspolitik, beladen mit emotionaler Erpressung und falschen Fakten, hat der BDS in linken Zusammenhängen und an Universitäten vor allem in Großbritannien und in den USA schon Erfolg gehabt. So auch in Berlin am 1. Mai 2016, als wir uns gezwungen sahen, das Bündnis für die Revolutionäre 1. Mai-Demo nach Jahrzehnten der Mitarbeit zu verlassen; näheres schildert unser Flugblatt »Antizionistischer Antisemitismus. Warum wir aus dem Revolutionären 1. Mai-Bündnis (Berlin) ausgetreten sind«<sup>80</sup>. Als wir dann am Rande der Revolutionären 1. Mai-Demonstration 2016 Flugblätter verteilten, die über die Ereignisse aufklärten und darüber, was der BDS in Wirklichkeit ist, verhielten sich die angeblich so Gewaltfreien gar nicht mehr friedlich und prügeln, traten und schlugen auf uns ein (ein Bericht darüber findet sich im Rechenschaftsbericht der Ökologischen Linken 2016, S. 29/30 auf: [www.oekologische-linke.de](http://www.oekologische-linke.de)<sup>81</sup>).

Zum angeblich menschenrechtlich motivierten Hintergrund der BDS-Kampagne sagt der Antisemitismusforscher Samuel Salzborn: »Möglicherweise sind da auch einige dabei, denen tatsächlich die Menschenrechte am Herzen liegen. Der Kern der Kampagne ist jedoch eindeutig und zweifelsfrei einer, der auf die Delegitimierung Israels zielt, der das Existenzrecht Israels de facto in Frage [...] stellt. Außerdem: Eine Boykott-Kampagne gegen einen demokratischen Staat richtet sich immer zuerst gegen die einzelnen, davon betroffenen

Menschen. Der Einzelne in Israel wird also nicht dafür verantwortlich gemacht, was er tut, sondern dafür, was er aus Sicht der BDS-Kampagne ist. Das alles zusammengenommen, ist es eindeutig, dass man bei der BDS-Kampagne nicht nur von einer antiisraelischen Kampagne sprechen kann, sondern wegen der Delegitimierung und der Ethnisierung auch von einer antisemitischen.«<sup>82</sup>

Die BDS-Kampagne behauptet, der Staat Israel sei auf Land gegründet, das zuvor »ethnisch« von seinen palästinensischen Bewohner\*innen »gesäubert« worden sei. Aber Israel ist keine jüdische Kolonie auf arabischen Gebiet. Das von der britischen Regierung ab 1923 als Palästina bezeichnete Gebiet war ein kleiner Landstrich im Osmanischen Großreich als im 19. Jahrhundert arabische Großgrundbesitzer, die oft im Ausland lebten, freiwillig Land an jüdische Einwanderer\*innen verkauften. Nach dem 1. Weltkrieg wurde das in der Balfour-Deklaration von 1917 gegebene Versprechen der Errichtung eines jüdischen Staates in das britische Völkerbündnismandat über Palästina übernommen.<sup>83</sup>

Die frühe zionistische Bewegung profitierte vom britischen Kolonialismus, unter dem sie den Landstrich weiter besiedeln konnte. Auf ähnliche Weise hatten die Araber\*innen von der Vertreibung der Jüd\*innen durch die Römer\*innen profitiert, als sie das Gebiet im 7. Jahrhundert n. Chr. eroberten.

Es gab, was den Ursprung des Staates Israel angeht, keinen »Siedlungskolonialismus«, wenn auch unstreitig viele Konflikte.<sup>84</sup> Vertreter\*innen der beiden Seiten stellen diese Konflikte aus ihrer jeweils eigenen Sicht häufig beschönigend dar. So gab es von Anfang an bei der Besiedlung des palästinensischen Gebietes Widerstand von Teilen der arabischen Bevölkerung<sup>85</sup>, was von einigen proisraelischen Vertreter\*innen bestritten wird.

Das Gebiet des heutigen Staates Israel gehörte bis in den 1. Weltkrieg hinein zum Osmanischen Reich und die jüdische Besiedlung geschah nicht gegen den Willen der politischen Führer in der Region. Schon lange vor der Ankunft der Zionist\*innen – die zionistische Bewegung entstand erst um 1900 und war innerhalb des Judentums bis zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden unter dem NS-Faschismus heftig umstritten – gab es jüdische Siedlungen bzw. Stadtteile auf dem heute umkämpften Gebiet. In Hebron zum Beispiel



Karte 2<sup>B</sup>

existierte seit Jahrhunderten ein jüdisches Viertel, das die Jüd\*innen erst 1929 aufgaben, als sie Opfer eines Massakers wurden. Muslime hatten das Gerücht verbreitet, »die Juden« hätten die islamischen Heiligtümer Jerusalems unter ihre Kontrolle gebracht. 67 Jüd\*innen wurden ermordet.<sup>86</sup>

Insgesamt kann gesagt werden, dass die Zionist\*innen im Gegensatz zur arabischen Seite bereit waren, auch von ihren eigentlichen Ansprüchen mehr oder weniger abweichenden territorialen Lösungen zuzustimmen, um überhaupt zu einem eigenen garantierten Staatsgebiet zu kommen. Das betraf sowohl den von der Regierung Großbritanniens vorgeschlagenen

sogenannten Peel-Plan von 1936, nach dem Israel nur etwa 20 Prozent der von den meisten Zionist\*innen angestrebten Größe bekommen hätte, als auch insbesondere den für Israel etwas günstiger ausfallenden UNO-Teilungsplan von 1947.<sup>87</sup>

Die darüber hinausgehenden Gebietsgewinne Israels kamen nach den ersten Angriffen arabischer Armeen (Ägypten, Jordanien, Irak, Syrien, Libanon) 1948 und im Sechstagekrieg 1967 zustande, der ein Präventivschlag der israelischen Armee gegen einen bevorstehenden Angriff der ägyptischen Armee war. Die Regierungen von Jordanien und Syrien entschieden, sich an diesem Krieg auf arabischer Seite



Karte 3<sup>C</sup>

Bezogen auf alle umliegenden arabischen bzw. muslimischen Staaten nimmt Israel nur 0,7 % der entsprechenden Landmasse ein. Es gibt 21 arabische Staaten, aber nur einen jüdischen Staat.

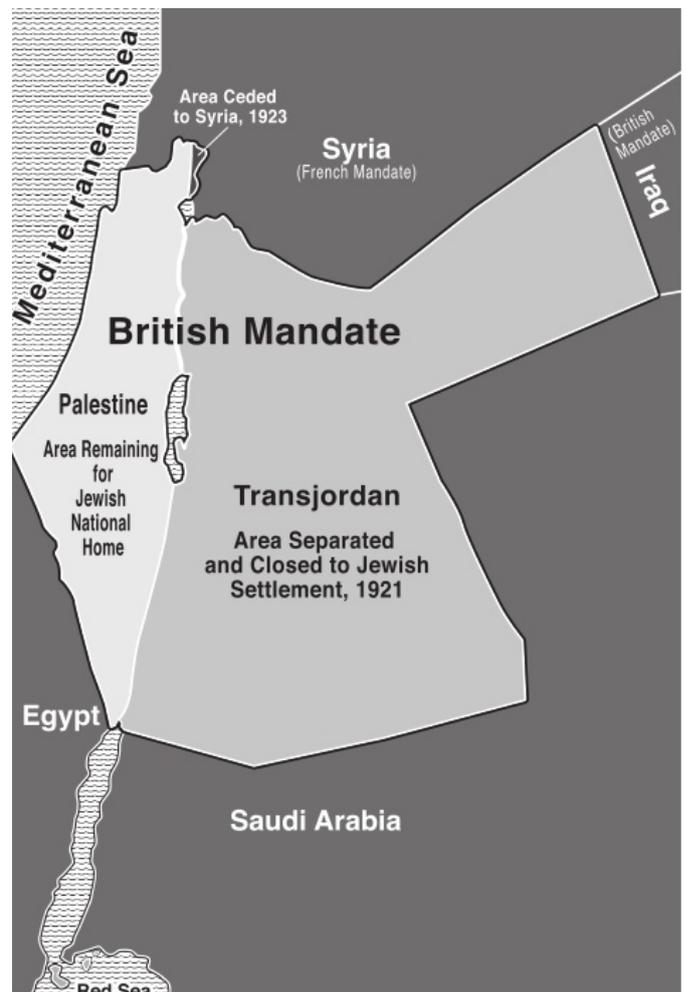
zu beteiligen<sup>88</sup>, dessen Ergebnis eine schwere Niederlage für die sich im Aufbau befindliche arabisch-palästinensische Bewegung darstellte. Diese Niederlage zeigte den Palästinenser\*innen aber auch, dass eine Durchsetzung ihrer Ziele durch die Armeen der arabischen Staaten eine Illusion war. Sie bewaffneten sich um so mehr.<sup>89</sup>

Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser wollte in den Jahren 1963/64 die sich im Aufwind befindlichen palästinensisch-nationalistischen Strömungen zentralisieren. Im Frühjahr 1964 gründeten die Regierungen der Staaten der Arabischen Liga in Kairo die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO (Palestine Liberation Organization) als palästinensische Sammlungsbewegung. Vor dem Sechstagekrieg erhob die PLO keinen Anspruch auf das Westjordanland, das von Jordanien besetzt war, und auch nicht auf den Gazastreifen, der von Ägypten besetzt war. Ihr Ziel war die Befreiung bzw. Eroberung des damaligen Kernlandes Israel. 1969 übernahm der aus der Mittelschicht Kairo kommende Führer der Fatah (Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas<sup>90</sup>), Jassir Arafat, die Führung der PLO.<sup>91</sup>

Mindestens bis zur Gründung Israels im Jahr 1948 sahen sich die damals unter der britischen Völkerbund-Mandatschaft lebenden Araber\*innen nicht als »Palästinenser«. Im Gegenteil: Der Name Palästina war dem vom Osmanischen Reich eroberten Gebiet – das heute Israel, dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Jordanien entspricht –, von den britischen Kolonialisten gegeben worden. Nach dem 1. Weltkrieg verstand sich der arabische Protest gegen die jüdische Anwesenheit als syrisch. In dem umstrittenen Gebiet sahen die politischen

Vertreter\*innen der arabischen Bevölkerung eine syrische Provinz. Zum Beispiel sagte 1937 Auni Bey Abdul-Hadi, ein moderater arabischer politischer Führer, der bereit war mit den Juden im britischen Mandatsgebiet zu verhandeln, gegenüber der Peel-Kommission: »Es gibt kein solches Land [wie Palästina]! »Palästina« ist ein Begriff, den die Zionisten erfunden haben! Es gibt kein Palästina in der Bibel. Unser Land war jahrhundertlang ein Teil von Syrien.«<sup>92</sup> Tatsächlich leitet sich der Begriff Palästina, den die Römer\*innen nach dem Jahr 135 verwendet hatten, von den Philister\*innen ab, die von den ägäischen Inseln kommend im 12. Jahrhundert v. Chr. den Küstenstreifen des Mittelmeeres um Gaza eroberten bzw. besiedelten.<sup>93</sup>

Neben dem BDS ist 2016 mit FOR-Palestine (For One State and Return in Palestine) eine weitere antizionistisch-antisemitische Organisation in das Revolutionären 1. Mai-Bündnis Berlin 2016 aufgenommen worden. FOR-Palestine ist nach eigener Darstellung »eine Gruppe die sich der Solidaritätsarbeit mit Palästina in Europa und der Diaspora widmet«. <sup>94</sup>



Karte 4<sup>D</sup> Britisches Mandatsgebiet 1921–1923

Die antizionistischen Antisemit\*innen von BDS und FOR-Palestine haben keinen Begriff von Israel als Klassengesellschaft, sondern stellen das palästinensische gegen das israelische »Volk«. Mit ihrer Unterstützung eines Boykotts gegen das ganze Israel bestrafen sie Lohnarbeitende und Unterschicht in Israel, die jüdische wie die arabische. Alle Bewohner\*innen Israels werden in Kollektivhaftung für institutionelle oder individuelle Menschenrechtsverletzungen genommen. Der Boykott ist nur eine Zwischenstufe zum eigentlichen Ziel: der Zerstörung des Staates Israel. Die antizionistischen Antisemit\*innen maßen sich darüber hinaus einen Alleinvertretungsanspruch für alle Palästinenser\*innen an und lassen kein kritisches Wort über Raketenangriffe, Selbstmordattentate und Messeranschläge zu.<sup>95</sup>

FOR-Palestine, enger Bündnispartner des BDS, behauptet, Israel begehe einen »Genozid am palästinensischen Volk«, so wie der NS-Faschismus einen Genozid an den Juden begangen habe. Die Definition des Begriffes bleibt vage. Es wäre vermutlich der erste »Genozid« der Weltgeschichte, in dem die angeblich ausgerotete Menschengruppe in Wirklichkeit – glücklicherweise – wächst. FOR-Palestine fordert ausdrücklich die »Abschaffung« des Staates Israel, die »Entzionisierung« und die Vertreibung aller »Zionist\*innen«<sup>96</sup>. Da im Jargon der antizionistischen Antisemit\*innen aber praktisch alle jüdischen Menschen als Zionist\*innen gelten – außer denen, die sich antizionistisch-antisemitischen Interessen unterwerfen –, blieben dann kaum noch Jüd\*innen in dem neuen antizionistischen Staat übrig. So ist die Forderung letztlich nur eine Neufassung der Forderung »Juden ins Meer«.

Der BDS will die Vernichtung des einzigen jüdischen Staates weltweit, was eine Flut von Zitaten von BDS-Führern und -Propagandisten belegt. Wir haben daraus nur drei Zitate ausgewählt:

As'ad Abu Khalil, BDS, libanesisch-US-amerikanischer Politikprofessor, sagte 2012:

»Das wirkliche Ziel von BDS ist der Sturz des israelischen Staates [...] Das sollte als ein unzweideutiges Ziel bezeichnet werden. Hierüber sollte keine Mehrdeutigkeit bestehen. Gerechtigkeit und Freiheit für die palästinensischen Flüchtlinge sind unvereinbar mit der Existenz des Staates Israel.«<sup>97</sup>

Ahmed Moor, ein palästinensisch-US-amerikanischer BDS-Autor, sagte 2010:



Karte 5<sup>E</sup>  
Entfernungen zwischen israelischen Bevölkerungszentren und der Verteidigungslinie von vor 1967

»Das Ende der Besatzung bedeutet nichts, wenn es nicht zugleich das Ende des jüdischen Staates bedeutet. [...] BDS bedeutet das Ende des jüdischen Staates.«<sup>98</sup>

Omar Barghouti, BDS-Mitgründer und der zentrale BDS-Sprecher, benannte früh (2003) das zentrale Ziel des BDS:

»Die Zweistaatenlösung für den palästinensisch-israelischen Konflikt ist tot. Zum Glück sind wir sie los! Doch bevor die verfallende Leiche beerdigt wird, müsste jemand eine Todesurkunde ausstellen, damit wir alle die gerechtere, moralischere und deshalb dauerhafte Alternative für eine friedliche Koexistenz zwischen Juden und Arabern im Mandatsgebiet Palästina finden können: die Einstaatenlösung [...] Die aktuelle Phase weist alle bezeichnenden Eigenschaften dafür auf, dass sie als das letzte Kapitel des zionistischen Projekts betrachtet werden kann.«<sup>99</sup>

Der 1993/94 vielversprechende Friedensprozess wurde zerstört, weil es sowohl auf israelischer als auch palästinensischer Seite zu starke Kräfte gab und gibt, die keine 2-Staaten-Lösung wollen.<sup>100</sup> Hier herrscht auf beiden Seiten die Hoffnung, im Kampf oder im Krieg den *einen* Staat für sich zu gewinnen. Auch die fortgesetzte israelische Besiedelung von Teilen der besetzten Gebiete im Westjordanland als Strategie der schleichenden Landnahme ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Am Selbstverteidigungsrecht Israels, das heißt des israelischen Staates, gibt es keinen Zweifel. Diskutierbar ist die Art und Weise, wie die israelische Regierung und das israelische Militär dieses Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen, um die Existenz Israels zu sichern.

Das Dilemma des palästinensischen Widerstands ist das Fehlen einer antikapitalistischen Perspektive. Daher bekommt die fundamentalistisch religiöse Hamas ihren Zulauf. Auf zweierlei Weise, gespeist durch religiösen Irrationalismus und den durch die verschleierte kapitalistischen Verhältnisse hervorgerufenen Irrationalismus, wird der Antisemitismus befördert.

Das klare Bekenntnis der Palästinenser\*innen zu einer 2-Staaten-Lösung könnte einen starken politischen Druck auf die israelische Regierung ausüben. Aber die Palästinenser\*innen machen das Gegenteil. Der Raketenbeschuss von Wohnsiedlungen auf israelischem Staatsgebiet und Aktionen wie Messerangriffe auf die Bevölkerung symbolisieren die Ablehnung der Anwesenheit der Jüd\*innen in der Region im Allgemeinen und des Staates Israel im Besonderen.

Der Antisemitismus spielt auch bei der Bildung der Querfront in Deutschland eine wesentliche Rolle. »Querfront ist eine rechtsextreme Bündnisstrategie, bei der versucht wird, ideologische oder programmatische oder personelle Andockstellen zu linken oder alternativen oder auch linksbürgerlichen Milieus zu finden, um das völkische oder faschistische Lager zu vergrößern. Üblicherweise ist das Bindeglied eine positive nationale bzw. völkische Identität«<sup>101</sup>, so Jutta Ditfurth. Dabei helfen ihnen nationale Linke wie die Querfrontfraktion in der Linkspartei. Die Querfront nationaler Linker mit rechten Ideolog\*innen knüpft an das verstellte Bewusstsein der Lohnabhängigen an und bedient es, indem sie den Bezug zur Klasse

und das Potenzial für politisches Bewusstsein durch völkisches Denken ersetzt. In manchen Strömungen spielt auch die Prägung durch den Stalinismus eine Rolle. Er führte dazu, dass in Teilen der Arbeiter\*innenbewegung die internationalistische Orientierung zu Gunsten des Kampfes um »den Sozialismus in einem Land« aufgegeben wurde.

Eines ihrer Bindeglieder hat die Querfront heute in der antizionistisch-antisemitischen Ablehnung Israels und in den Angriffen auf das angeblich jüdische Finanzkapital. Wie seit dem 19. Jahrhundert steckt in der feindlichen Abgrenzung von den angeblich schmarotzenden und ausbeuterischen Jüd\*innen die rechtsextreme Vergemeinschaftung zum guten schaffenden deutschen Volk.

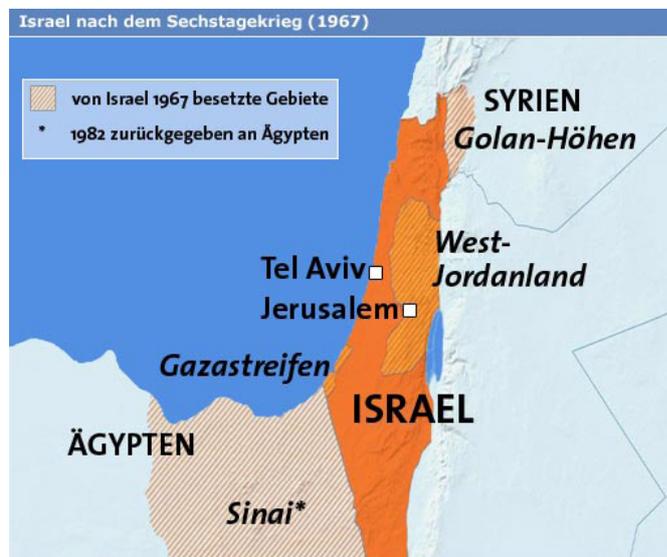
Rechte Antideutsche, die sich als kritiklose Freunde Israels verstehen, ignorieren – im Gegensatz zu linken Antideutschen – die soziale Frage aus ihrer prokapitalistischen Haltung heraus. Sie blenden aus, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse das Ergebnis der Kämpfe zwischen Klassen sind, in denen ausgefochten wird, wer sich den gesellschaftlichen Reichtum aneignet, der von den lohnarbeitenden Menschen produziert wird. Im Kapitalismus eignet sich die Bourgeoisie, die Besitzer\*innen der Produktionsmittel, den von den Lohnabhängigen produzierten gesellschaftlichen Reichtum an. Auch in Israel. Zudem untergräbt die Leugnung des Klassengegensatzes die Kritik des Nationalismus. Der Antisemitismus erfüllt im Klassenkampf von oben – wie der Rassismus und der Sexismus – die Funktion, die Lohnabhängigen zu spalten und vom wirklichen Ausbeutungsverhältnis abzulenken. Antisemitismus ist ein im Interesse der Herrschenden gut funktionierendes Element der Entsolidarisierung der Lohnabhängigen untereinander und es leitet Wut und Hass auf die herrschenden Verhältnisse statt gegen die »oben« auf die stigmatisierten »Anderen«.

Ihre prokapitalistische Orientierung befreit rechte Antideutsche davon, an sozialen Bewegungen teilzunehmen und bewahrt sie damit – aus ihrer Sicht – vor der Gefahr, sich dort mit in widersprüchlichen Köpfen auch vorhandenen antisemitischen Denkweisen auseinandersetzen zu müssen. Zu einer solchen Auseinandersetzung sind sie oft nicht fähig. Rechte Antideutsche sehen sich ausdrücklich nicht als Teil der Linken. So beschreibt zum Beispiel Philipp Lenhard in der rechten antideutschen Zeitschrift Bahamas

eine Sichtweise, in der das »aus der linken Vergangenheit mitgeschleppte Ansinnen« der Antideutschen, »dass sie Deutschland seine Vergangenheit austreiben wollten und ein Bekenntnis zum Antifaschismus einforderten« entgegen ihrer Absicht dazu beitrug, dass die Deutschen ihren Nationalismus modernisieren konnten.<sup>102</sup> Ihr platter Prokapitalismus beerdigt bei dieser Art Antideutscher das kritische Denken und führt u.a. zu einer unkritischen Freundschaft mit dem Staat Israel, dem israelischen ideellen Gesamtkapitalisten und damit mit der israelischen Klassengesellschaft. Das bedeutet, sie stehen auch nicht auf der Seite lohnarbeitender, diskriminierter und marginalisierter jüdischer Menschen in Israel. Von dieser Weltanschauung leitet sich bei ihnen auch die Unterstützung des US-Imperialismus ab und die Befürwortung seiner Funktion als angeblicher Weltpolizei. Justus Wertmüller beschreibt 2016 die Position der Zeitschrift Bahamas spätestens nach den Anschlägen vom 11. September 2001 so: »Israelsolidarisch waren wir auch schon vor dem Jahr 2000, der Gedanke jedoch, nun auch dezidiert pro-amerikanisch und generell pro-westlich werden zu müssen, der lag zwar schon länger in der Luft, konnte aber erst nach 9/11 ausgesprochen werden.«<sup>103</sup>

Wir fragen uns, was sich an der imperialistischen Politik der US-Regierungen (wir mögen auch keinen deutschen, russischen, chinesischen oder anderen Imperialismus) seit dem 11. September 2001 geändert hat? Sie nehmen nach wie vor für sich in Anspruch, weltweit für die Interessen des US-Kapitals foltern und morden zu dürfen. So wie sie es z.B. beim Vietnam-Krieg taten, beim CIA gesteuerten Putsch in Chile gegen die Regierung des demokratisch gewählten Marxisten Salvador Allendes, den sie in den Tod trieben, bei der US-Invasion in Grenada 1983, der versuchten Invasion 1961 in Kuba und den 638 versuchten Mordanschlägen auf Fidel Castro, durch die CIA bestätigt, und wie sie es heute tun, wenn das US-Militär Verdächtige ohne Gerichtsbeschluss mit Drohnen hinrichtet. Auch Foltergefängnisse wie auf dem US-Gelände in Guantanamo auf Kuba gibt es noch immer. Die imperialistischen Kriege sichern dem US-Kapital weltweit die Ressourcen für die kapitalistische Produktion, während US-Regierungen das Töten mit dem angeblichen Kampf für Ideale und Menschenrechte schönreden.

Auf der anderen Seite, in Teilen der Linken, steht ein platter Antiimperialismus in Form eines »Antiamerikanismus«, der seine Zustimmung zu



Karte 6f

verschiedenen Spielarten des Nationalismus vernebelt. Da ist auch der »nationale Sozialismus« nicht mehr weit. Nationale Linke vermengen im Rahmen ihrer Querfrontstrategie ihre »anti-imperialistischen« Sympathien für die arabische Seite mit ihrer Ablehnung des US-amerikanischen Imperialismus und der Ablehnung des Staates Israel. Der »zionistische Judenstaat« ist in ihrem beschränkten Weltbild, völlig undialektisch, lediglich ein militärstrategischer Brückenkopf für die Durchsetzung der imperialistischen Interessen der USA.

Unsere langfristige Perspektive ist die Aufhebung aller Staaten und aller ethnischen und religiösen sozialen Konstruktionen. Unsere Utopie ist eine basisdemokratische Gesellschaft mit verwirklichtem Humanismus, den Marx Kommunismus nennt. Aber auch von unserem Standpunkt aus als antinationale, antiautoritäre Linke ist in der momentanen Situation in und um Israel die 2-Staaten-Lösung in den Grenzen nach dem Sechstagekrieg von 1967 als erster Zwischenschritt unumgänglich. Wir beziehen uns auf den Friedensvertrag mit Ägypten 1979, der auf Initiative von Präsident Sadat 1977 zustande kam, und die Rückgabe der Sinai-Halbinsel 1982, auf das Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO 1993 und seine Weiterentwicklung, sowie auf den Friedensvertrag mit Jordanien von 1994. Angesichts der komplizierten Realität im Westjordanland ist die Gestaltung dieser Staatlichkeit jedoch völlig offen. In diesem Sinn ist wirkliche emanzipatorische linke Solidarität, ob mit den Israelis oder mit den Palästinenser\*innen, nur eine solche, die auf Mittel und Wege setzt, die einer Verständigung beider Seiten in

diesem Sinne dienen. Für uns ist Israel der letzte Staat dieser Welt, der durch eine antinationale sozialrevolutionäre Bewegung aufgelöst werden sollte.

Die Bekämpfung des Antisemitismus muss verbunden sein mit der Analyse darüber, wie antisemitische Einstellungen, Codes, Stereotype usw. unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion geformt und verformt wurden und werden.

Zur Zeit ist die radikale Linke mit einem rechten Vormarsch konfrontiert, der Rücksichtnahme auf Schwächere, Solidarität und andere durch die Arbeiter\*innenbewegung und andere soziale Bewegungen erkämpfte Rechte über Bord wirft. Teil dieses Vormarsches, angeführt und ideologisch gespeist von rechten Eliten und Ideolog\*innen, sind Menschen mit rückständiger kleinbürgerlicher Kulturprägung, deren reaktionäre Vorstellungen über unterschiedliche Lebensweisen und über das Zusammenleben von Menschen sich durch ihre Angst aus der kapitalistischen Verwertungslogik herauszufallen, mit Vorurteilen und Hass aufladen und enthemmen.

Einen wirklichen Aufstand gegen ihre Klassenlage, gegen die materielle Grundlage ihrer bescheidenen Existenz, wagen sie nicht. Der Bruch mit dem kapitalistischen System überfordert den autoritären Charakter sowie die deutschen Untertan\*innen. Statt Klassenkampf gegen das Kapital und dessen Staatsvertreter\*innen suchen sie sich Sündenböcke in Gestalt von »Fremden«, »Anderen« und Minderheiten und schlagen buchstäblich auf sie ein.

Reformistische Politik, die diese Menschen mit einigen Rosinen ködern will, die Mensch und Natur zerstörende kapitalistische Maschinerie aber duldet, muss versagen. Wobei wir nicht vergessen, dass aufgrund der kapitalistischen Krise das relativ bequeme sich Einrichten im heimatlichen Klassenkompromiss überhaupt nur in den kapitalistischen Zentren funktioniert, sofern bestimmte Faktoren der kapitalistischen Ausbeutung durch den Staat und das Kapital eine Zeit lang erfolgreich in andere Teile der Welt verlagert werden können. Daher kann die reformistische Integration in und Unterwerfung unter die herrschenden Verhältnisse für die antinationale, antiautoritäre, sozialrevolutionäre Linke niemals eine Option sein. Es geht um die Erringung einer wirklich radikal humanen und klassenlosen Gesellschaft, in der die Menschen ihr

Karte 7<sup>6</sup>

## Israel 1948/49 – 1967



### Israel und Palästina 1948–1967

- Israel bei Staatsgründung Mai 1948
- Israel 1949
- entmilitarisierte Gebiete, internationale Zone
- Stadtgebiet von Jerusalem
- Waffenstillstandslinie 1949 („Green Line“)
- Staatsgrenze
- arabische Nachbarländer
- Westjordanland, 1948–1967 von Jordanien annektiert
- Gazastreifen, 1948–1967 von Ägypten verwaltet

ungewektes Potenzial entfalten und abstreifen können, was sie gefesselt, ihr Leben deformiert und ihre Einstellung zu anderen Menschen vergiftet hat.

Die Kämpfe für eine solche Gesellschaft sind vielschichtig und langfristig. Sie finden im Produktionsbereich, im Reproduktionssektor, im Alltag und im öffentlichen Raum statt. Sie sind verbunden mit den täglichen Mühen der Analyse und der Aufklärung, mit der Bereitschaft zur reflektierten Aktion sowie der Fähigkeit zu punktuellen oder langfristigen Bündnissen mit anderen Menschen und Gruppen, die an ähnlichen Konzeptionen arbeiten, die ein emanzipatorisches radikal humanistisches Menschenbild teilen und die zur gemeinsamen, streitbaren Reflektion dessen was sie tun bereit sind.

**Positionspapier des  
Bundessprecher\*innenrates der  
Ökologischen Linken, 19.6.2017**

## — Israel – Physische Übersicht, Grenzen und Verkehr



Ökologische Linke  
Bundesbüro  
Glauburgstraße 20  
60318 Frankfurt/Main

Karte 8<sup>H</sup>

### Anmerkungen zu den Karten

- A Eintrag »Nordreich Israel«, Wikipedia, [https://de.wikipedia.org/wiki/Nordreich\\_Israel](https://de.wikipedia.org/wiki/Nordreich_Israel), aufgerufen am 7.6.2017
- B Eintrag »1948 Arab-Israeili War«, Wikipedia, [https://en.wikipedia.org/wiki/1948\\_Arab-Israeili\\_War](https://en.wikipedia.org/wiki/1948_Arab-Israeili_War), aufgerufen am 7.6.2017
- C Allgäuer Israelfreunde: *Fragen zu Israel*, Frankfurt/M./Berlin: Ausgabe Honestly Concerned e.V. 2012, [http://www.honestly-concerned.org/HC\\_Infomaterial/Israel\\_Fragen-und-Antworten\\_HC\\_2013.pdf](http://www.honestly-concerned.org/HC_Infomaterial/Israel_Fragen-und-Antworten_HC_2013.pdf), aufgerufen am 7.6.2017
- D Mitchell G. Bard: *Myths an Facts. A Guide to the Arab-Israelo Conflict*, American Israeli Cooperative Enterprise (AICE) Inc. 2012, S. 13, <https://de.slideshare.net/matecomlimao/159386884-mythsenglish2012>, aufgerufen am 13.6.2017
- E <http://riverflowsdown.files.wordpress.com/2008/01/pre-1967-borders.gif>, auf: [http://www.pinsdaddy.com/israel-pre-1967-borders\\_Of9X-Kd%7CUQ7IopMGpcymcOsl1JMJB3jecsRLtOpkzum0wyybhKvxZRj29o0Qkz2wsKyvJINmhRMDXcjbIYpHJ3Wft3kA1RHXWudfZHBjkQwx1SO-cHuvgWIIeGbDoQwDIEk1kVQhEgL8osWFzB48QEWcTGd2XXQ4R6dLm1BuTjXd/](http://www.pinsdaddy.com/israel-pre-1967-borders_Of9X-Kd%7CUQ7IopMGpcymcOsl1JMJB3jecsRLtOpkzum0wyybhKvxZRj29o0Qkz2wsKyvJINmhRMDXcjbIYpHJ3Wft3kA1RHXWudfZHBjkQwx1SO-cHuvgWIIeGbDoQwDIEk1kVQhEgL8osWFzB48QEWcTGd2XXQ4R6dLm1BuTjXd/), aufgerufen am 29.05.2017
- F Deutsche Welle, Tim Aßmann »Viererrunde ratlos und uneins«, veröffentlicht am 11.7.2011, in: tagesschau.de-Archiv, <https://tsarchive.wordpress.com/2011/07/11/nahostquartett118/>, aufgerufen am 13.6.2017
- G Gisela Dachs: *israel kurzgefasst*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: 2., überarb. Aufl. Okt. 2016, S. 193, [http://www.bpb.de/israel\\_kurzgefasst\\_auf12\\_2016\\_barrierefrei.pdf](http://www.bpb.de/israel_kurzgefasst_auf12_2016_barrierefrei.pdf), aufgerufen am 7.6.2017
- H Gisela Dachs: *israel kurzgefasst*, a.a.O., Umschlagseite 2